



GEMEINDERATSFRAKTION HERBOLZHEIM

SPD-Fraktion, Im Kleinfeldede 9, 79336 Herbolzheim

Herr Bürgermeister
Thomas Gedemer
Hauptstraße 26
79336 Herbolzheim

Doris Daute
Fraktionsvorsitzende

Fon: 07643 1617
D.Daute@stadt-herbolzheim.de
www.spd-herbolzheim.de

27.08.24

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Gedemer,

bei der Stadt Herbolzheim ist z.Zt. die Stelle einer kommunalen Jugendbeauftragten (m/w/d/) mit 60 % ausgeschrieben.

Die Aufgaben und Themen denen sich ein kommunales Jugendreferat stellen muss, sind sehr vielfältig und umfangreich:

Ganzheitliche Bildung, Veränderungen in den Familienstrukturen, zunehmender Einfluss Sozialer Netzwerke auf das Freizeitverhalten und unser traditionelles Vereinswesen, das Desinteresse an kommunalpolitischen Fragestellungen bis hin zur Politikverdrossenheit und letztendlich ein zunehmender Verlust an Empathie und sozialer Kompetenzen.

Ein kommunales Jugendreferat hat die Aufgabe, die Entwicklung, Organisation, Durchführung und Qualitätssicherung eines bedarfsgerechten und kontinuierlichen Angebots für diese Aufgabenfelder zu erarbeiten.

Darüber hinaus soll den Interessen von Kindern und Jugendlichen in der Kommune Gewicht und Stimme gegeben werden. Eine kommunale Jugendbeteiligung ist nach § 14 der Gemeindeordnung BW eine Pflichtaufgabe, was eine Herausforderung und ein zeitintensives Projekt darstellt.

Bildung ist weitaus mehr als die Wissensvermittlung durch die Schule, die kommunale Kinder- und Jugendarbeit muss als eigenständige Bildungsinstanz eingebunden werden.

Die Aufgaben der kommunalen Jugendarbeit haben sich in den letzten 30 Jahren gewandelt. Von der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Jugendzentren geht es heute um differenzierte und vielfältige Angebote mit Jugendtreffs, Skateranlagen, Aktivspielplätzen, Jugendsozialarbeit sowie geschlechtsspezifischen Angeboten, Freizeitpädagogik, außerschulischer Jugendbildung, Medienpädagogik, Ferienbetreuung, Jugendbeteiligung u.v.a.m. Außerdem muss die offene Jugendarbeit dezentraler werden und auch in allen Ortsteilen initiiert, begleitet und ausgebaut werden. Dafür braucht es Beziehungsaufbau und intensive Begleitung und Unterstützung /Vermittlung durch die Jugendsozialarbeit.

Die Jugendarbeit in der Kommune ist nicht nur ein eigenständiges Arbeitsfeld, sondern

gehört vor allem zu dem Leistungsbereich einer Kommunalverwaltung.

Kommunale Jugendreferate sind die Fachstellen für alle kinder- und jugendspezifischen Fragestellungen.

Die gesetzlichen Grundlagen für die Kommunale Kinder- und Jugendarbeit ergeben sich aus dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII / KJHG), aus dem Kinder- und Jugendhilfegesetz für Baden-Württemberg (Landesausführungsgesetz zum SGB VIII, LKJHG) sowie aus der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg.

Im Kern bilden die §§ 11 bis 14 SGB VIII die gesetzliche Grundlage bei der Umsetzung jugendpolitischer Zielsetzungen der Kommunen. Dort sind die Schwerpunkte und Ziele formuliert. In Paragraph 13 SGB VIII ist speziell die soziale Gruppenarbeit und Präventionsveranstaltungen der außerschulische Bildung festgeschrieben.

Nach dem Willen des Gesetzgebers ist es eine Pflichtaufgabe, eine flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung der Kinder- und Jugend- und Jugendsozialarbeit zu gewährleisten. Ebenso ist die Kooperation von Jugendarbeit und Schule ein fester Bestandteil der Jugendbildung und darf nicht in der Beliebigkeit eines/einer Jugendbeauftragten liegen. Darüber hinaus ist dies im Zukunftsplan Jugend des Landes Baden-Württemberg beschrieben.

Antrag der SPD Fraktion

- **Auf Grund dieser umfangreichen und vielfältigen Aufgabenstellungen und Themenbereichen beantragen wir, die Stelle einer Kommunalen Jugendbeauftragten (m/w/d/) mit 100% zu besetzen.**
- **In der Stellenbeschreibung muss eine verbindliche Kooperation der kommunalen Jugendarbeit mit der Schulsozialarbeit festgeschrieben werden.**
- **Arbeitsteilig und auf Grund von Vertretungsmöglichkeiten können wir uns eine Aufteilung auf zwei Stellen vorstellen. Der Spielraum und die Möglichkeiten für Gruppenaktionen erweitern sich dadurch. Zudem würde die Aufstockung auf 100% und die Aufteilung auf zwei Stellen geschlechtsspezifische Angebote ermöglichen, was hinsichtlich der Geschlechtervielfalt sehr wichtig ist.**

Mit freundlichen Grüßen



SPD-FRAKTION

Doris Daute, Georg Binkert, Markus Mößner, Ralf Obergföll,